

BUCHBESPRECHUNG. Jürgen Bozsoki, „Der neoliberale Großangriff auf Europa, Edition va bene, Wien-Klosterneuburg, 2007, 248 S., 24,90 Euro.

Eine „amerikanische“ Utopie für Europa

Es kommt nicht oft vor, daß ein Sozialdemokrat - noch dazu einer aus der jungen Generation - in einem Buch über notwendige Änderungen der Wirtschaftspolitik die Namen Leibniz, List und LaRouche erwähnt, und es ist sicher noch seltener der Fall, daß dies verbunden ist mit einer ausführlichen Darstellung der wesentlichen wirtschaftspolitischen Konzepte dieser Ökonomen. Diese Konzepte setzt der Autor als „wirtschaftspolitische Gegenkonzepte statt Polemik“ der neoliberalen Litanei entgegen und empfiehlt sie seinen Parteigenossen - sicherlich nicht nur den österreichischen - nachdrücklich zum Studium und zur Neuorientierung der europäischen Politik. Um so interessanter ist es, dieses Buch zu lesen - auch wenn man in Bezug auf das Potential Amerikas, sich von der derzeit praktizierten neoliberalen Politik abzuwenden, optimistischer als Bozsoki sein mag, und dementsprechend auch eine andere Einschätzung hat als er in Bezug auf die Notwendigkeit, diesem neoliberalen Amerika ein starkes Europa entgegenzustellen.

Bozsoki beginnt das Buch mit einem historischen Abriss der Entwicklung der Nationalstaaten, deren historische Mission er richtig in der Durchsetzung des Gemeinwohls gegen die feudale Willkürherrschaft des Mittelalters lokalisiert. Das Gemeinwohl sei auch heute noch die Mission der Staaten. Aber heute gebe es die sog. Globalisierung, die von europäischer Ebene aus in den Mitgliedsstaaten durchgesetzt werde und diese zunehmend daran hindere, ihre historische Gemeinwohlfunktion zu erfüllen. Diese europäische Politik habe Europa in eine Krise geführt; und es gebe nur zwei Auswege aus dieser Misere und zur Wiedererlangung nationalstaatlicher Souveränität: Erstens, eine Renationalisierung Europas, in der die Nationalstaaten wieder zu einer eigenständigen Wirtschaftspolitik, eigenen Währungen etc. zurückkehren. Die zweite Möglichkeit, die Bozsoki vorzieht, sei die Schaffung eines echten europäischen Staates, genauer gesagt, eines föderalen europäischen Bundesstaates, in dem viele Befugnisse der bisherigen Mitgliedstaaten auf die EU übergehen. „Dafür wäre jedoch ein völlig neues Staatsverständnis notwendig“ - und das werde gegenwärtig von den meisten Europäern (bzw. deren Regierungen) nicht akzeptiert.

Vieles, was Bozsoki als Politik für ein solches neues Europa vorschlägt, wird Lesern der *Neuen Solidarität* bekannt vorkommen: Die Abschaffung der Unabhängigkeit der in-

zwischen oft in Privatbesitz befindlichen - Zentralbanken, an deren Stelle Nationalbanken treten sollen, die mit produktiver Kreditschöpfung Aufbauprojekte finanzieren, und die Einführung einer indikativen Wirtschaftssteuerung nach dem französischen Modell der Nachkriegszeit. Man brauche eine „europäische Al-



ternative zum IWF“, eine „andere Währungsunion“, da die historischen Beispiele für eine Währungsunion ohne politische Union - etwa die „lateinische Münzunion“ von 1867-1927 oder die „nordische Währungsunion“ von 1872-1931 alle gescheitert seien. Die jetzige Währungsunion führe zum Kapitalabfluß von den früheren Hartwährungsändern zu den bisherigen Weichwährungsändern in der Union, und damit zum Ausbluten gerade der produktivsten Staaten und zur wirtschaftlichen Schwächung Europas. Das Euro-System sei so, wie es derzeit existiert, handlungsunfähig. „Das Weltfinanzsystem ist heute hoffnungslos bankrott.“

Als Alternative schlägt Bozsoki in Anlehnung an den früheren Chefökonom der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Wilhelm Hankel, ein System vor, in dem die europäische Währung parallel zu (wiedereingeführten) nationalen Währungen weiterbesteht. Die Europäische Union soll dann auch für die Durchsetzung einer strengeren Regulierung der Hegdefonds - „besser aber noch deren generelles Verbot“ - zuständig sein. Bozsoki geht sogar noch weiter: „Die finanzielle Reorganisation dient vor allem dem realwirtschaftlichen Wiederaufbau im Bereich der Infrastruktur, Industrie, Landwirtschaft sowie Bildung und For-

schung. Zudem müßte es zu einem vollständigen Verbot von Derivaten und anderen hochspekulativen Wettschäften kommen, die nichts mit der Realwirtschaft zu tun haben. Im Anschluß an das geordnete Bankrotverfahren müßte sich die EU für ein neues Bretton-Woods-System auf der Basis einer neutralen Reservewährung verständigen, die die Hegemonie einer einzigen Weltreservewährung ausschließt.“ Das ganze soll mit Instrumenten wie fixen (aber im Konsens veränderbaren) Wechselkursen, Schutzzöllen und Paritätspreisen nach außen hin abgesichert werden. Die Steuerparadiese innerhalb Europas will er schließen, die außerhalb der EU ausschließen.

In all diesen konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist Bozsoki weitgehend zustimmen. Aber wenn es dabei bliebe, wäre das alles nur eine schöne Utopie. Denn - und dies ist ein Schwachpunkt der Ausführungen Bozsokis, der ihm auch bewußt ist - bei vielen Mitgliedstaaten sind diese Ideen nicht konsensfähig und somit auch nicht durchsetzbar. Er sucht den Ausweg in einem „Kerneuropa“, das bereit ist, zu einer solchen quasi-nationalstaatlichen Politik auf europäischer Ebene mit gemeinsamen Sozial- Fiskal- und Konjunkturprogrammen überzugehen. Die einzige Möglichkeit, auf europäischer Ebene solche Fortschritte machen zu können, sieht Bozsoki in einem „EU-Austritt Großbritanniens“. „Es kann und darf nicht mehr auf Länder wie Großbritannien Rücksicht genommen werden, die im Grunde nur eine europäische Freihandelspolitik betreiben.“

Die Ironie ist, daß die von Bozsoki empfohlene Politik sich nur durchsetzen kann, wenn es gerade dort zu einer politischen Wende kommt, wo er sie scheinbar am wenigsten erwartet: In den USA. Aber eine Rückkehr zum ursprünglichen „Amerikanischen System der politischen Ökonomie“ - denn das ist es, was Bozsoki in seinen Empfehlungen eigentlich beschreibt - ist in den USA jedenfalls sehr viel eher vorstellbar als in Europa, eben weil sie der amerikanischen Tradition entspricht. In Europa jedoch wird eine solche Wende wohl erst möglich sein, wenn das jetzige System zusammenbricht - mit allen katastrophalen Folgen, die dies mit sich brächte. Kehren jedoch die USA zu einer „Rooseveltschen“ Wirtschaftspolitik zurück, wie sie LaRouche vertritt, wird es auch möglich sein, in Europa einen solchen Kurswechsel durchzusetzen.

Alexander Hartmann